

# OÖGKK-Verfassungsklage

Es geht um Mitbestimmung, um unser Geld und unsere Leistungen.

Die OÖGKK hat Anfang März die erste Verfassungsbeschwerde gegen die von der Regierung, gegen alle Warnungen von Rechnungshof, Experten und Juristen durchgepeitschte Kassenfusion eingebracht. Nun scheint die Nervosität in Regierungskreisen groß zu sein, wenn man die immer bösseren Angriffe der beiden Regierungsparteien auf die OÖGKK und ihren Obmann betrachtet.

Doch worum geht es in dieser Beschwerde, und warum ist das für uns Pensionisten wichtig?

## DIE REFORM KOSTET GELD UND WIRD ZU LEISTUNGSKÜRZUNGEN FÜHREN

Diese Reform wird nachweislich Unsummen an Geld verschlingen, das bei den Leistungen fehlt. Alle von der Regierung genannten Zahlen („Funktionsärmilliarde“ usw.) erwiesen sich als pure heiße Luft, keine einzige Berechnung konnte vorgewiesen werden.

## ALLES GELD UND ALLE ENTSCHEIDUNGEN GEHEN NACH WIEN

Alles Geld, alle Entscheidungen und alle Kompetenzen werden in Wien zen-

tralisiert – wer ernsthaft glaubt dass so eine Zentralisierung irgend ein Problem in unserer Versorgung vor Ort besser löst als heute, der muss träumen.

## DIE MITSPRACHE DER PENSIONISTINEN WIRD BESEITIGT

Es geht um die Mitbestimmung der Pensionistinnen und Pensionisten in dieser so wichtigen Angelegenheit. Die OÖGKK kritisiert in ihrer Beschwerde, dass die schon bisher eigentlich zu schwache Vertretung der Pensionisten im Zuge der Umfärbung und Entdemokratisierung von der Regierung komplett beseitigt wurde. Bisher gab es wenigstens den Beirat, der alle Informationen erhielt, sich zu allen wichtigen Themen zu Wort melden konnte und Forderungen im Sinne der Pensionisten einbringen konnte. Ab 1. 1. 2020 gehört diese Mitbestimmung der Vergangenheit an. Stattdessen besetzen Nichtmitglieder und Nichtversicherte, nämlich Wirtschaftskammerer als Dienstgebervertreter die Hälfte der Sitze in den Gremien. Mit dem hanebüchenen und zutiefst undemokratischen Argument, sie würden ja auch



Beiratsvorsitzender-Stellvertreter OÖGKK Mag. Franz Röhrenbacher

die Hälfte der Beiträge einzahlen. Nicht einmal das stimmt, denn wer von uns Pensionisten bekommt auch nur einen Cent zu seinen Krankenkassenbeiträgen, geschweige denn zu Rezeptgebühr und Selbsthalten von einem Unternehmer zugezahlt? Wer rechnen kann stellt fest: Nicht einmal 30% der Einnahmen der OÖGKK kommen von Dienstgebern. Aber denken wir noch einmal genauer über dieses Argument der Regierung nach: Das wäre doch so, als hätten die größten Bauern und Unternehmer im Ort automatisch das Recht auf den Bürgermeister? Großverdiener hätten bei Wahlen mehr Stimmengewicht als kleine Pensionisten?

Ja, genau so ist das zu verstehen. Und genau so undemokratisch ist das gedacht. Daher ein Danke an den Obmann der OÖ. GKK, Albert Maringer, der mit der Verfassungsbeschwerde auch die Interessen der PensionistInnen in den Vordergrund stellt.